
Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1212/2022**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 17.11.2022

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - AI -/1032
Verfasser/-in: Martina Lennartz

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Wohnen und Integration		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:
Einrichtung eines Härtefall-Fonds
- Antrag der Stadtverordneten Lennartz vom 17.11.2022 -

Antrag:
„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen schnellstmöglich einen Härtefall-Fond einzurichten, damit keine Gießener Bürgerinnen und Bürger durch die stark erhöhten Preise eine Gas- und Stromsperre erleiden müssen. Der Fond soll mit den 2,5 Mio. Euro Dividenden der SWG des letzten Jahres und der folgenden Jahre finanziert werden.“

Begründung:
Die Gaspreise steigen um über 100%. „Vergleichsportal.de“ hat bereits gerechnet: Würde der Gaspreis bei nur 10 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt - ein illusorisch tiefer Wert, der bei einem Drittel des aktuellen Preises liegt -, kommen auf einen vierköpfigen Haushalt beim Basisverbrauch von 80 Prozent durchschnittlich stolze 2.388 Euro, ohne Gaspreis-Bremse 3.940 Euro mehr im Jahr zu. Zahlen können die meisten Verbraucher beides nicht.

Wir konnten spätestens gestern in den Tageszeitungen lesen, dass auch der Strompreis wiederholt steigt, **diesmal um 53%**. Erst stieg der Strom, dann Fernwärme und Gas und jetzt wieder der Strom. Es handelt sich um die vierte Preiserhöhung in diesem Jahr. SWG- Sprecher Ulli Boos stellt laut *Gießener Allgemeinen* (16.11) unumwunden fest: „Das ist hart.“ Jens Schmidt (SWG-Vorstand) spricht von einer dramatischen Entwicklung. Er sagte aber auch am 24.08.2022 in einem Interview mit dem *Gießener Anzeiger*: „...Was aus unserer Sicht nicht passieren darf, wäre ein Moratorium für Strom- und Gassperren für Kunden. Denn alles, was die Kunden nicht bezahlen, das fehlt uns....“

Das bedeutet, dass die SWG keinen Aufschub für die Tilgung der Schulden gewähren wird. Das bedeutet, dass bei den zu erwarteten Preisen viele Familien mit Strom- und Gassperren rechnen müssen.

Damit begründet sich die Dringlichkeit des Antrages.

Die Stadtwerke Gießen zahlen jährlich Dividende ihres Gewinns an die Stadt Gießen. In den vergangenen Jahren waren es 2,5 Mio. Euro. *Siehe Pressemitteilung der SWG vom 22.7.2022:*

„Die Stadtwerke Gießen (SWG) haben das Krisenjahr 2021 gut überstanden. Trotz zahlreicher Herausforderungen - etwa der Einschränkungen und erforderlichen Maßnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus - erwirtschaftete das Unternehmen einen Gewinn von rund 5,5 Mio. Euro. So weist es die Bilanz aus, die die beiden SWG-Vorstände Matthias Funk und Jens Schmidt im Rahmen einer Pressekonferenz erläuterten.....Wie in den vergangenen Jahren schütten die SWG wieder 2,5 Millionen Euro als Dividende an die Stadt Gießen aus, die restlichen drei Millionen Euro werden als Rücklage eingestellt.“

Aus dem Sozialstrukturdatenberichterstattung 2020 der Stadt Gießen ist zu entnehmen, dass es in Gießen seit 2017 durchschnittlich 4984 Personen gibt, die den Gießen Pass erhalten. Besonders diese Familien sind hart betroffen, sowie weitere Geringverdiener und Alleinerziehende. Um diese vielen Menschen vor Strom- und Gassperren zu schützen, halte ich das Einrichten eines Härtefallfonds für nötig. Wir alle wissen, dass alle anderen Kosten ebenso steigen Lebensmittel z.T. steigen um fast 50%, die Inflation liegt bei 10%. Dieser Härtefall-Fond kann die Differenz zu den bisherigen durchschnittlichen Kosten der letzten Jahre und den dazugekommenen Kosten tragen.

Ich gehe davon aus, dass der Antrag auf breite Zustimmung stößt, denn schon die Koalition hat diesen Vorschlag im Koalitionsvertrag formuliert. Im Koalitionsvertrag steht auf Seite 14:

„Energie- und Wassersperren wollen wir durch Absprache mit den Versorgungsunternehmen weitgehend vermeiden. Energiesperren bei Familien mit Kindern müssen ganz vermieden werden. Wir werden Projekte fördern, die Verbraucher/-innen beim Energieverbrauch beraten und einen Härtefallfonds initiieren.“

Martina Lennartz